

TÜRKEI: UMWELTBEWUSSTSEIN IST NOCH UNTERENTWICKELT

Jan Senkyr | Dirk Tröndle

Türkische Medien berichten seit einigen Jahren regelmäßig über den weltweiten Klimawandel und seine Auswirkungen insbesondere auf die Türkei. Dem Thema angenommen haben sich auch diverse nationale und internationale Umweltschutzorganisationen, sowie das türkische Umweltministerium und das Ministerium für Landwirtschaft und Dorfangelegenheiten. Vom Bildungsministerium wurden neue Lehrinhalte ausgearbeitet, in denen auch auf den Schutz der Umwelt und die Folgen des Klimawandels schon in den Grundschulklassen hingewiesen werden soll.

Vor den möglichen dramatischen Folgen des Klimawandels für die Türkei wird in den Medien oft gewarnt. Die Dürren der vergangenen Jahre, Missernten und die Wasserknappheit vor allem in Zentralanatolien werden von den Menschen wahrgenommen und mit Sorge verfolgt. Teilweise ist diese ernsthafte Lage hausgemacht, weil die intensive Bewirtschaftung mit exzessiver Bewässerung, die den Bauern bisher zwei Ernten jährlich ermöglichte, zu einer Senkung des Grundwasserspiegels geführt hat. Von den verantwortlichen Behörden in Zentralanatolien wurden z. B. über 35.000 illegale Brunnen aufgedeckt, aus denen unkontrolliert Wasser abgeschöpft wurde. Es werden eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt, darunter auch von der EU teilfinanzierte Projekte, mit denen die Wasservergeudung durch undichte Leitungen oder der Verlust durch illegale Entnahmen um bis zu 50 Prozent verhindert werden soll. Etliche Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich mit Umweltfragen befassen, fordern die Bürger zum sparsamen Umgang mit Wasser auf, sie bieten dafür auch Dienstleistungen im Internet an und führen Aufklärungsaktionen durch. Dies wird jedoch nur ungenügend durch die Lokalverwaltungen und die Zentralregierung in Ankara unterstützt.

Städte und Gemeinden, wie z. B. Istanbul, Ankara und Izmir, suchen nach alternativen Wasserressourcen und verlegen Rohrsysteme zum Wassertransport aus Hochniederschlagsregionen. In einigen Regionen des Landes ist Wasser ausreichend vorhanden.

Die türkische Regierung lehnt aber weiterhin die Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls zur Ausgestaltung der Klimakonvention ab. Sie verweist darauf, dass die Türkei mit ihrem Ausstoß von Treibhausgasen lange nicht zu den größten Emittenten gehöre, und sie be-



Intensive Bewirtschaftung und exzessive Bewässerung führen zunehmend zu Wassermangel.

trachtet die Reduktionsverpflichtungen als schädlich für die türkische Wirtschaft. Die Zivilgesellschaft übt zwar zunehmend Druck auf die Regierung aus, das Kyoto-Protokoll zu unterzeichnen, bisher allerdings ohne Erfolg.

Für einen Großteil der Bevölkerung ist das Thema Klimawandel nur von ganz geringer Bedeutung. Viele Bevölkerungsteile wollen erst einmal am Wohlstand über einen längeren Zeitraum teilhaben, bevor sich eine ausreichende Konsumsättigung ergeben könnte, die zu einer Veränderung im Umweltbewusstsein führen würde. Umweltgerechtes Verhalten, bzw. Sensibilität für die Umwelt, sind bei vielen Menschen noch nicht ausreichend entwickelt. So ist z. B. ein traditionell beliebtes Mittel der Müllbeseitigung das Verbrennen.

Aber auch die türkische Industrie ist sich noch nicht der notwendigen Verantwortung bewusst, es mangelt sowohl an Abwasseranlagen als auch an Luftfilteranlagen. Zudem wird das Angebot an recyclebaren Produkten, Glasflaschen etc. von Seiten der türkischen Industrie nicht forciert, sondern weiter Plastik favorisiert. Zwar wurde eine umfangreiche Umweltschutznovelle verabschiedet, die alle türkischen Kommunen in einem 3–10 jährigen Zeitraum zum Bau von Kläranlagen und umweltverträglichen Mülldeponien verpflichtet. Für die nächsten 15 Jahre wird voraussichtlich eine Gesamtinvestition von mindestens ca. 60 Mrd. Euro erforderlich sein, damit das Land die umweltrechtlichen Standards der EU erfüllen kann. Woher die dafür notwendigen Finanzmittel kommen sollen, ist allerdings bislang nicht geklärt.

Als ein akutes Problem wird das Ausbleiben der Niederschläge in einigen Regionen und eine fortschreitende Versteppung und Verwüstung erkannt. Damit einher geht das Aussterben bzw. Abwandern von einigen Pflanzen- und Tierarten. Ebenso thematisiert werden in den Medien extreme Wettereinbrüche, Überschwemmungen und die immer wärmeren Winter. Am wenigsten scheint in der Türkei das Abschmelzen der Polargletscher und der Anstieg des

Meeresspiegels um einige Meter als Gefahr wahrgenommen zu werden, obwohl das Land fast 8000 Kilometer Meeresküste hat.

Auf den Stern-Bericht gab es keine Reaktionen, weil er in der Türkei nicht bekannt ist. Über den IPCC-Bericht jedoch wurde in den Medien berichtet und dessen Empfehlungen sind ein Thema für Diskussionen in Fachkreisen und Umweltforen.

ISRAEL: DAS THEMA WASSER STEHT IM VORDERGRUND

Lars Hänsel | Catherine Hirschwitz

Israel ist seit 1996 Mitglied im United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) und hat 2004 das Kyoto-Protokoll unterzeichnet. Da Israel nur wenige Treibhausgase emittiert, kann das Land Emissionszertifikate verkaufen. Im Juni 2006 unterzeichnete Israel mit Deutschland ein Abkommen zum Handel mit Emissionszertifikaten im Rahmen des Clean Development Mechanism.

Seit zwei Jahren ist die israelische Regierung im Klimaschutz aktiv und finanziert vor allem Forschungsprojekte in diesem Bereich. Außerdem fand im letzten Jahr eine zentrale nationale Konferenz mit mehr als 250 Wissenschaftlern und Vertretern von Umweltorganisationen statt, auf der die Auswirkungen des Klimawandels diskutiert wurden.

Anfang 2007 rief das Umweltministerium ein Treffen mit anderen relevanten Ministerien ein, um einen nationalen Strategieplan zum Klimawandel zu entwickeln. Auf diesem Treffen wurden Arbeitsgruppen vereinbart, um Forschungen zu speziellen Fragen des Klimawandels zu initiieren. Die ersten beiden Forschungsgruppen konzentrierten sich darauf, Daten zu erfassen und speziell die Beziehung von Wasserressourcen und Klimawandel zu erforschen. In den nächsten Monaten ist die Einrichtung weiterer Arbeitsgruppen geplant.

Die Politik in Israel ist in dieser Konfliktregion generell mit anderen Problemen als dem Umweltschutz befasst. Das Umweltministerium ist wohl der einzig wirkliche Akteur in diesem Themenbereich, wobei nun ein interministerieller Plan ausgearbeitet werden soll. Auch befassen sich einige Universitätsinstitute mit dem Klimawandel.



Israel hat mit längeren Trockenperioden zu kämpfen.

Israel hat zwei akute Hauptprobleme in diesem Zusammenhang: Auf dem Wassersektor geht es um die knapper werdenden Ressourcen in den Wasserreservoirs (Aquifer, See Genezareth), welche direkt von den jährlichen Regenmengen abhängig sind. Wesentlich ist hier der Einfluss auf die Landwirtschaft Israels.

Im Bereich des Energiesektors geht es darum, dass Israel aufgrund der politischen Situation an kein Netz mit den Nachbarn angeschlossen ist und die gesamten Energieverbrauch selbst absichern muss. Derzeit nutzt Israel 90 Prozent der Kapazitäten und ist damit sehr anfällig für klimatische Einflüsse wie kalte Winter oder heiße Sommer. Im letzten Sommer kam es zu großflächigen Energieausfällen.

Zu einem geringen Teil spielt auch das Ansteigen des Meeresspiegels eine Rolle: während das Rote Meer kaum Infrastruktur gefährden könnte, sieht man Infrastruktur und das Rekreationspotential von Stränden an der Mittelmeerküste durchaus als gefährdet an.

Die IPCC-Berichte sowie der Bericht von Sir Nicholas Stern zur Ökonomie des Klimawandels wurden in der Öffentlichkeit kaum diskutiert. Das Umweltministerium hat diese Berichte zwar intensiv studiert, ist über die Ergebnisse sehr besorgt und schenkt diesem Thema hohe Aufmerksamkeit. Allerdings stehen akute Umweltprobleme höher auf der Agenda, wie etwa akuter Wassermangel und Umgang mit knappen Wasserressourcen, Ausbreitung von Wüsten und Trocken-

gebieten und Gefahr von Waldbränden durch längere Trockenperioden und stärkere Hitzewellen.

Weil Israel gerade auf den letztgenannten Gebieten Expertise aufgebaut hat, soll nun ein regionales Zentrum für die Verbreitung dieses Wissens aufgebaut werden, insbesondere zum Kampf gegen Desertifikation, Wald- und Buschbrände sowie für einen optimalen Wasserverbrauch.

PALÄSTINENSISCHE AUTONOMIEGEBIETE: ES GIBT EXISTENTIELLERE THEMEN ALS DEN KLIMAWANDEL

Thomas Birringer

Die derzeit aktuelle Diskussion in Europa und anderen westlichen Ländern über den Klimawandel spielt im politischen und medialen Diskurs in den Palästinensischen Autonomiegebieten keine Rolle. Das Desinteresse an diesem Thema liegt hauptsächlich in drei Punkten begründet:

Zum einen ist die politische Situation in den palästinensischen Gebieten derzeit äußerst angespannt. Eine bürgerkriegsähnliche Situation im Gazastreifen, tägliche militärische Auseinandersetzungen in der West Bank und die schwierige politische und finanzielle Lage der Autonomiebehörde; dies sind die Themen, auf die sich die Medien fokussieren und die im innerpalästinensischen Diskurs wenig Raum für Diskussionen lassen, die als weniger existenziell erachtet werden. Der Klimawandel fällt nach palästinensischer Einschätzung in diese Kategorie.

Zum zweiten ist die politische Führung auf Grund der innerpalästinensischen Kämpfe und auf Grund der Tatsache, dass fast die Hälfte aller Parlamentsabgeordneten und mehrere Minister sich in israelischer Haft befinden, weitestgehend handlungsunfähig. Das Parlament hat keine beschlussfähige Mehrheit und tritt daher nicht zu Sitzungen zusammen. Vor diesem Hintergrund ist es nahe liegend, dass sich die politische Führung nicht mit den Folgen des Klimawandels befasst.

Letztendlich ist das Thema Umweltschutz im Allgemeinen nur sehr schwach im Bewusstsein der palästinensischen Bevölkerung verankert und wird zumeist nur auf der Mikroebene (Müll, etc...) wahrgenommen.



Die Umweltproblematik wird meist nur auf der Mikroebene wahrgenommen. So ist die Abfallbeseitigung in den palästinensischen Autonomiegebieten häufig ein Problem.

Gleiches gilt für Lösungsversuche, wie z.B. die Entwicklung einer ökologisch verträglichen und nachhaltigen Abfallentsorgung durch die GTZ.

Ein weiteres umweltpolitisches Thema, das in den Palästinensischen Autonomiegebieten eine Rolle im politischen und medialen Diskurs einnimmt, ist die Wasserversorgung der Bevölkerung und die nachhaltigen Schäden, die das Tote Meer durch eine übermäßige landwirtschaftliche Nutzung seines hauptsächlich Wasserzuflusses, des Jordan, erleidet. Darüber hinaus finden jedoch andere umweltpolitische Problematiken, wie auch der Klimawandel, kaum Beachtung.

JORDANIEN: EINES DER WASSERÄRMSTEN LÄNDER DER WELT

Hardy Ostry | Gerrit Schlomach

In möglichen Szenarien des Klimawandels zeichnet sich die Region Nahost/Mittelmeer durch eine hohe Betroffenheit und Verletzlichkeit aus. Dies liegt zum einen daran, dass bis auf wenige Ausnahmen die meisten Länder direkten Zugang zum Mittelmeer haben und so unmittelbar vom Anstieg der Weltmeere betroffen wären. Ein anderer Grund findet sich in der steigenden Wasserknappheit, die über verunreinigtes Wasser eine Reihe von Krankheiten hervorrufen kann und weitere sozio-ökonomische Konsequenzen in sich birgt.

Der Ende der 90er Jahre begonnene internationale Prozess, dem Klimawandel einen hohen politischen Stellenwert einzuräumen, ging zunächst an den Ländern der Region vorbei. Verspätet setzte in der gesamten Region eine Debatte über Klimawandel als Teil der übergeordneten Umweltdiskussion ein. Nachdem die regionale Diskussion im Lauf der letzten sieben Jahre an Schwung gewann, entwickelten sich sehr heterogene innerstaatliche Politikansätze.

Auf der einen Seite stehen Staaten, die im Rahmen internationaler Vereinbarungen mit institutionellen Maßnahmen fortgeschritten sind; dabei lassen sich Israel, Marokko, Tunesien und Ägypten als Beispiele anführen. Dieser heterogenen Gruppe steht eine andere Gruppe gegenüber, in der das Thema Klimawandel keine große Berücksichtigung erfährt. Hierunter fallen Länder wie beispielsweise Libyen, Algerien und Jordanien. Auffällig ist in der gesamten Region, dass nationalstaatliche Politikinitiativen in Folge internationaler Debatten einsetzen. Darüber hinaus gelingt es in den wenigsten Ländern, die Reduktionsvorgaben im nationalen Kontext so umzusetzen, um bei breiten Bevölkerungsschichten einen Bewusstseinswandel zu erreichen.

Obwohl seit den 80er Jahren das Thema Umweltschutz auf der innenpolitischen Agenda Jordaniens steht, kommen die Initiativen im Umgang mit dem Klimawandel vor allem aus dem internationalen Bereich. Dies spiegelt insgesamt die Vernachlässigung dieses Themas bei Bürgern und bei politischen Verantwortungsträgern wider. Demnach nimmt die Umsetzung internationaler Konventionen in der politischen Arena einen großen Raum ein, wobei diese in der nationalen Gesetzgebung nur unzureichend implementiert werden.



Eine klimabedingte Verringerung der Regenmenge kann katastrophale Folgen für Jordanien haben.

Der Klimawandel wird Jordanien vor allem durch steigende Temperaturen und die Verknappung der Wasserressourcen treffen. In diesem Zusammenhang gilt es, die Arbeit internationaler Geber und hier besonders die Aktivitäten deutscher Organisationen – Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) und Bundesamt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) – positiv zu erwähnen. Seit 1974 arbeitet die GTZ in Jordanien und engagiert sich seit den frühen 90er Jahren verstärkt im Wassersektor. Im Rahmen dieser Anstrengungen konnte 2004 ein digitaler „Water Master Plan“ auf den Weg gebracht werden, der als ein integriertes Planungs- und Überwachungsinstrument für die Wassernutzung in Jordanien dient. Die BGR verfolgt in einem 2002 begonnenen Projekt zum Grundwasser-Ressourcen-Management das Ziel, den Schutz der jordanischen Wasserressourcen durch die Ausarbeitung und Umsetzung geeigneter Maßnahmen zu verbessern. Darüber hinaus engagieren sich beide Organisationen im Rahmen von Öffentlichkeitskampagnen, die Wahrnehmung der sich verschärfenden Wassersituation zu erhöhen.

Jordanien rangiert unter den 10 wasserärmsten Ländern der Welt. Bedingt durch den weltweiten Klimawandel, die steigende Bevölkerungszahl und die fortgesetzte Übernutzung der Wasserressourcen sowie der Wasserverschmutzung wird erwartet, dass sich diese Situation bei steigender Nachfrage kurz- bis mittelfristig fortsetzen wird und eine klimabedingte Verringerung der Regenmenge katastrophale Folgen („disastrous impact“) für Jordanien haben wird.

Das durchschnittliche Klima beträgt im Jordantal zwischen 22 und 30 Grad und 8 bis 25 Grad in höheren Lagen. Die jährliche durchschnittliche Zahl von Tagen mit Regen liegt bei 5–45 und mit Schnee bei 0–8, wobei zunehmend extreme Klimaschwankungen erkennbar sind. Insgesamt beschränkt sich die unzureichende Informationslage über mögliche Konsequenzen des Klimawandels auf Jordanien auf die Verknappung der Wasserressourcen. Es wird vorhergesagt, dass die verfügbare Wassermenge von 150 m³/pro Kopf/Jahr aus dem Jahr 2003 auf 90 im Jahr 2025 sinken wird. Über Wasser-Aufbereitung kann eine zusätzliche Wassermenge von 200 Mm³ pro Jahr bis 2020 zur Verfügung gestellt werden. Aufgrund dieser Situation hat das jordanische Wasserministerium eine Strategie zur Bewahrung des Wassers und zur Suche nach Alternativen erlassen. Das Landwirtschaftsministerium Jordaniens verabschiedete eine Strategie, um die Nutzung von Brauchwasser zu erhöhen.



Die Ausweitung der Wüsten wird zu vermehrten Sand- und Staubstürmen führen.

Eine Studie über mögliche Konsequenzen des Klimawandels auf die Gesundheit der Menschen in Jordanien zeichnet ein düsteres Bild. Der Klimawandel kann in Jordanien insbesondere in wasserarmen Gebieten zu einer großen Anzahl von gesundheitlichen Risiken führen. Der Wassermangel in Verbindung mit der Verunreinigung dieser Lebensressource birgt die Gefahr einer Zunahme von durch Parasiten übertragenen Krankheiten, wie Epidemien, Malaria, Cholera und Ruhr oder den West-Nil Virus in sich.

Klima verursachte Krankheiten und Todesfälle können besonders in der Bevölkerungsgruppe älterer Menschen und bei Kindern zunehmen. Die erwartete Zunahme von Sand- und Staubstürmen werden verstärkt zu Lungenerkrankungen führen. Es wird angenommen, dass extreme Witterungsänderungen und

größere saisonale Schwankungen die Hochrisikogruppen mit Atemwegserkrankungen zunehmend beeinträchtigen werden. Der Klimawandel könnte auch indirekt die Gesundheit in Verbindung mit lokal verursachter Luftverschmutzung einschränken.

Am 12. Juni 1992 unterzeichnete Jordanien die Konvention über Klimawandel und ratifizierte sie 1993. Im gleichen Jahr formulierte die Regierung einen nationalen Umweltaktionsplan, über dessen Umsetzung seit 1996 eine interministerielle Arbeitsgruppe wacht. Innerhalb der UN-Klimawandelkonvention erfolgte im Jahr 1997 der erste Mitteilungsbericht. Ein zweiter Bericht in Form des „National Capacity Self Assessment for Global Environmental Management Project (NCSA)“ wird derzeit erarbeitet. Das nationale Umweltministerium wurde mit der Umsetzung dieser Studie des Umweltprogramms der Vereinten Nationen beauftragt. Darüber hinaus wurde der im Jahr 2003 erlassene gesetzliche Rahmen (bspw. Umweltpolizei und dezentrale Umweltbestandsaufnahmen) kürzlich vom Parlament angenommen. Im gleichen Jahr unterzeichnete Jordanien das Kyoto-Protokoll.

Der NCSA Prozess wurde im August 2004 in Jordanien begonnen. Im September 2005 wurde ein Treffen betroffener Gruppen einberufen, um die Lage zu evaluieren und nationale Prioritäten in den Bereichen Biodiversität, Klimawandel und Wüstenbildung festzulegen. Folgende Mängel wurden im Bereich Klimawandel festgestellt: Mangel an wirtschaftlichen Anreizen, um dem Klimawandel nachhaltig zu begegnen; unzureichende institutionelle wie technische Ausstattung beim Umweltministerium sowie mangelhafte und unsystematische Integration der Konzepte der UN Klimakonvention in nationale Politikprogramme. Diese Mängelliste lieferte die Vorlage für eine Prioritätenliste, die die Grundlage für die Erarbeitung des NCSA Aktionsplans bildete. An erster Stelle gilt es demnach, das Bewusstsein der Bürger für Umweltschutz insgesamt und für den Klimawandel im Besonderen zu stärken. Ferner wird das Ziel verfolgt, internationale Rahmenabkommen zielgerichteter und nachhaltiger in bestehende Gesetze zu integrieren. Obwohl sektorale gesetzliche Grundlagen in Kraft sind, müssen weitere Schritte zur Umsetzung und Beachtung dieser Regelungen ergriffen werden. Auf institutioneller Ebene liegt ein Schwerpunkt darin, die Fähigkeiten und den Kenntnisstand bei Mitarbeitern der betroffenen Behörden zu erhöhen.

MAROKKO UND ALGERIEN: VERANTWORTUNGS- BEWUSSTSEIN OHNE POLITISCHE KONSEQUENZEN

Thomas Schiller

Marokko und Algerien sind von den Auswirkungen des Klimawandels in vielfacher Weise betroffen: Desertifikation, Niederschlags- und Wassermangel, Gefährdung der Landwirtschaft durch Rückgang der Nutzflächen und der Ernten, Minderung der Fischereierträge. Dies sind nur einige Phänomene, die in beiden Ländern mit dem globalen Klimawandel in Zusammenhang gebracht werden. Selbstverständlich kann es aber hier keine monokausalen Erklärungen geben. Für beide Länder gilt, dass für die genannten Umweltprobleme auch hausgemachte Ursachen, wie der Rückgang der Wälder, die Überfischung, die Folgen des Tourismus (dies gilt insbesondere beim Umgang mit Wasser) und mangelndes Umweltbewusstsein der Bevölkerung verantwortlich sind. Die Regierungen beider Länder sind sich der Problematik auf nationaler wie globaler Ebene allerdings bewusst und zählen eine aktive und engagierte Umweltpolitik zu ihren politischen Prioritäten. Besonders in Marokko wird deshalb im offiziellen Diskurs auf den Begriff und die Idee der „nachhaltigen Entwicklung“ großen Wert gelegt.

POLITIK UND KLIMAWANDEL: WELCHE AKTEURE UND INITIATIVEN ?

In beiden Ländern wird die Debatte im wesentlichen bestimmt von drei Akteuren: (1) internationalen Organisationen und NROs, (2) den Regierungen und in geringerem Maße von (3) lokalen Medien und Akteuren der Zivilgesellschaft.

Es sind vor allem die internationalen Akteure, welche die Debatte und Initiativen zum Klimawandel und zum Umwelt- und Ressourcenschutz in beiden Ländern vorantreiben. Hierbei sind in erster Linie Weltbank, UNDP und EU, aber auch deutsche Entwicklungsorganisationen wie KfW und GTZ (in Marokko) zu nennen, die in Partnerschaft mit den lokalen Behörden relevante Maßnahmen durchführen. Gefördert werden seitens internationaler Geber etwa die umweltschonende Energieproduktion (z. B. KfW-Geförderter Windpark in Essaouira/Marokko) oder Aufforstungsprojekte. Auch internationale Nichtregierungsorganisationen sind im Maghreb aktiv. Allerdings lässt sich eine gewisse Diskrepanz zwischen Marokko und Algerien feststellen: Marokko ist in vielerlei Hinsicht in der internationalen Kooperation – nicht allein im Umweltsektor – weiter als Algerien. Dies wird auch in der stärkeren internationalen Präsenz in Marokko deutlich.

Sowohl in Algerien wie in Marokko haben die zuständigen Regierungsbehörden die Gefahren für ihre Länder durch die Erderwärmung und den Klimawandel sowie die damit verbundenen Konsequenzen (Wassermangel, Desertifikation) erkannt. Nationale Akteure sind in beiden Ländern in erster Linie die beiden Umwelt- und Landesentwicklungsministerien sowie deren nachgeordnete Behörden. Da beide Länder historisch zentralstaatlich geprägt sind, treten lokale bzw. regionale Behörden in Umsetzung und Diskurs weniger in Erscheinung.

In Algerien und Marokko nehmen nationale Medien und Akteure der Zivilgesellschaft eine bedeutende Rolle bei der Sensibilisierung der Bevölkerung für Themen des Umwelt- und Ressourcenschutzes ein. So wird beispielsweise in einer Broschüre der marokkanischen Initiative Daba2007, deren Ziel die Förderung bürgerschaftlichen Engagements mit Blick auf die Wahlen im September 2007 ist, ausdrücklich auch für umweltgerechtes Verhalten geworben (Beispiel: Energie- und Wassersparen wird propagiert). Eine breite Debatte fehlt jedoch, nicht zuletzt weil die Alltagsorgen der Bevölkerung (Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel, Armut) aus nachvollziehbaren Gründen im Zentrum der entwicklungspolitischen Debatte stehen. Dennoch ist festzuhalten, dass in beiden Ländern Medien und Zivilgesellschaft die Bedeutung einer nachhaltigen Entwicklung erkannt haben.

WAHRNEHMUNG DES KLIMAWANDELS IN MAROKKO UND ALGERIEN

Marokko ist stolz, im Jahr 2001 mit der 7. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Marrakesch (COP VII) eine zentrale internationale Weichenstellung in der Klimadebatte beherbergt zu haben. Die in den „Übereinkommen von Marrakesch“ niedergelegten Verhandlungsergebnisse hatten den Weg für das in Kraft treten des Kyoto-Protokolls freigemacht. Es existieren in Marokko eigene Webseiten zum Thema (u. a. www.ccmorocco.ma sowie www.cdmmorocco.ma), die das Engagement des Königreichs mit Blick auf den globalen Klimawandel unterstreichen und internationale wie nationale Aktivitäten darstellen. Mit Gründung der „Stiftung Mohamed VI für den Umweltschutz“ im Jahr 2001 haben die Verantwortlichen des Landes ein weiteres Zeichen für ihr Umweltengagement gesetzt.

Das marokkanische Umweltministerium hat in einer Klimastudie Tendenzen der Klimaentwicklung für das Land aufgezeigt. Die Studie geht von einer Erwärmung und Verringerung der Niederschlagshäufigkeit in Marokko aus und bezieht sich hierbei auch ausdrücklich auf die Arbeiten des IPCC. Diese Studie unterstreicht die Befürchtung vieler Marokkaner, zu den Hauptverlierern des globalen Klimawandels zu zählen, ist das Land doch in erster Linie von sehr klimasensiblen Sektoren (Landwirtschaft und Tourismus) abhängig. Weniger Niederschläge und höhere Temperaturen würden diese beiden Branchen der marokkanischen Wirtschaft deutlich treffen.

In Marokko, einem Land, das fast zur Gänze von Energieimporten (Kohle, Öl, Gas) abhängt, wird eine zukunftsgerichtete Energiepolitik auch mit Blick auf den Klimawandel diskutiert. Hierzu gehören der Ausbau der Solar- und Windenergie (mit deutscher Unterstützung), aber auch bereits sehr weit fortgeschrittene Überlegungen, den Einstieg in die Nuklearenergie zu suchen. Überlegungen zur Verringerung der Importabhängigkeit verbinden sich deshalb in der politisch-medialen Debatte mit dem Ausbau „umwelt- und klimaschonender“ Energieträger.

Zusammenfassend lässt sich mit Blick auf Marokko sagen, dass den politisch Verantwortlichen die Bedeutung des Themas durchaus bewusst ist, eine breite Sensibilisierung der Bevölkerung allerdings noch nicht festzustellen ist. Eine umfassende Sensibilisierung ist deshalb folgerichtig auch Teil der Anstrengungen von Behörden, internationalen Organisationen und Akteuren der Zivilgesellschaft.

Auch in Algerien wird die Debatte über den Klimawandel beherrscht durch Befürchtungen rund um die Verringerung der Niederschläge und drohende Wasserknappheit. So hat zuletzt Präsident Bouteflika die Algerier zu einem sparsamen Umgang mit der Ressource Wasser aufgerufen und ausdrücklich auf die schwierigen Herausforderungen der kommenden Jahre bei der Trinkwasserversorgung hingewiesen.

In Algerien ist die öffentliche Debatte rund um den Klimawandel insgesamt jedoch weniger entwickelt. Als Ursachen hierfür dürften zum einen die „schwarzen“ 90er Jahre, als Algerien durch blutige Auseinandersetzungen zwischen Staat und islamistischen Untergrundkämpfern in seiner internationalen Einbindung und nationalen Entwicklung zurückgeworfen wurde, zum anderen die geringere Präsenz internationaler Akteure verantwortlich sein. Dennoch sind auch in Algerien die staatlichen Institutionen wie auch Medien und Zivilgesellschaft seit einigen Jahren das Thema Klimawandel engagiert angegangen. Ein Beispiel für eine durch die

EU unterstützte zivilgesellschaftliche Initiative ist die „Association de recherche sur le climat et l'environnement“ (<http://www.arce.asso.dz/>), die sich mit den Auswirkungen des Klimawandels auf Algerien auseinandergesetzt hat.

AUSBLICK

In Marokko wie in Algerien fehlt nach wie vor eine breite öffentliche Debatte zum Thema Klimawandel, ja selbst zu grundlegenden Fragen des Umweltschutzes. Die breite Masse der Bevölkerung ist über die globalen umweltpolitischen Herausforderungen und deren Auswirkungen auf Nordafrika nur wenig informiert und sensibilisiert. Beispielsweise herrscht trotz Wasserknappheit vielfach ein sorgloser Umgang mit dieser natürlichen Ressource vor. Auch haben die PKW-Neuzulassungen in den letzten Jahren in beiden Ländern und damit die Abgasemissionen deutlich zugenommen, ohne dass dies zu einer umweltpolitischen Debatte geführt hat, beispielsweise mit Blick auf den kümmerlichen öffentlichen Personennahverkehr.

Insgesamt steht zu befürchten, dass beide nordafrikanische Länder zu Hauptleidtragenden des Klimawandels werden: fortschreitende Desertifikation, Wassermangel, Rückgang der landwirtschaftlichen Nutzflächen und Erträge sind die Ängste, die mit den Auswirkungen des Klimawandels verbunden sind. Marokko und Algerien haben deshalb ein großes Interesse daran, dass auf globaler Ebene das Thema Erderwärmung und Klimawandel engagiert angegangen wird. Allerdings bedarf es in beiden Ländern auch weiterer Anstrengungen, die hausgemachten Probleme zu meistern.